

# Volkstimme

Einzelpreis 10 Pfennig.

Sageszeitung der Sozialdemokratischen Partei.

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Labau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pfannhagen & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 1887, für die Redaktion Nr. 1784. Für den Verlag und die Druckerei Nr. 981. — Postzeitungsstelle 2. Poststr. Seite 110. — Bezahlungspreis: Vom 16. bis 31. August 1,00 Mark, Abboer 0,80 Mark.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gepaltene, 27 Zentimeter breite Nonpareilsetze druck 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig, Familienanzeigen und Stellenangebote 12 1/2 Pfennig, Vereinstafelender 20 Pfennig, die dreispaltige 30 Zentimeter breite Reklamsetze druck 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 4,20.) Der gewählte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 8 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Placatvorarbeiten keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 199.

Magdeburg, Dienstag den 26. August 1924.

35. Jahrgang.

## Deutschnationaler Umfall.

### Sirpis und Hergt für Annahme.

sp Berlin, 25. August. (Radio.) Das Drängen der Deutschnationalen im besetzten Gebiet auf Annahme der Gesetze zum Sachverständigen-Gutachten hat in der deutschnationalen Reichstagsfraktion merklich Eindruck gemacht. Auf Ablehnung der Gesetze drängen nur die Abgeordneten aus den Gebieten, die weit vom Schusse sind: Ostpreußen, Pommern, Mecklenburg, Thüringen.

Zu der Minderheit, die für Annahme der Gesetze ist, gehören u. a. Sirpis, Hergt, Reichstagspräsident Wallraf, der württembergische Staatspräsident Bazille und der hildesheimer Abgeordnete Neuhaus sowie die Abgeordneten aus Arbeiter- und Angestelltenkreisen.

Es ist wahrscheinlich, daß die Deutschnationalen die Abstimmung freigegeben und versuchen, auf diese Weise die erforderliche Zweidrittelmehrheit zustande kommen zu lassen.

Erst am Freitag ließen die Deutschnationalen offiziell erklären, daß sie das Dawes-Gutachten und die mit ihm zusammenhängenden Gesetze unbedingt und ohne Rücksicht auf parteipolitische Interessen aus außenpolitischen Gründen ablehnen werden. In Ergänzung dieser Erklärung versichert die „Kreuzzeitung“ in ihrer Sonntagsausgabe, „daß sich an den Entschlüssen und Absichten der Fraktion nichts geändert hat“. Auch nichts ändern wird? Verzweiflung, wenn wir diese indiskrete und unangenehme Frage stellen! Aber sie ist angebracht, nachdem jetzt selbst ein Teil der Deutschnationalen nicht eher an die „feste Haltung“ ihrer Fraktion glaubt, als bis sie durch die Abstimmung überführt werden. Kein Wunder also, wenn ein Ludendorffianer am Sonnabend die deutschnationale Ueberzeugungstreue in die Worte kleidet: Ihr Umfall ist um so sicherer, je fester sie sich zeigen.

Dieser Ausspruch ist in der Tat mehr als begründet, denn

der Kuhhandel hat inzwischen begonnen und die Herren auf der Rechten stehen im Begriff, das „zweite Versailles“ bzw. die „Verklabung“ zu schließen, um später mit dem „Räuber Macdonald“ und dem „Mörder Herriot“ — wie die „Kreuzzeitung“ sagt — zu verhandeln. Den Gegnern der Erfüllungspolitik ist also der Eintritt in die Regierung schon eine Messe wert. Sie sind zu einem großen Teil bereit, trotz der vaterländischen Verbände, die erst am Sonnabend eine entschiedene Ablehnung der Londoner Vereinbarungen gefordert haben, für die Beteiligung an der Futterrippe jeden Gesinnungswechsel von heute auf morgen zu vollziehen und diesmal mit Rücksicht auf „parteipolitische Interessen“ und „ausenpolitische Gründe“ anzunehmen, was bisher aus „vaterländischem Pflichtgefühl“ abgelehnt werden sollte. Vorläufig ist der von der Volkspartei eingeleitete Kuhhandel unverbindlich, weil das

Zentrum und die Demokraten abgelehnt haben, die deutschnationale Ueberzeugungstreue zum Anlaß eines politischen Geschäftes zu machen. Wie lange das geschieht, möchten wir vorläufig dahingestellt sein lassen. Tatsache ist jedenfalls, daß es der demokratische Reichswirtschaftsminister Hamn auf Veranlassung seiner Fraktion abgelehnt hat, die Schutzollvorlage mit seiner Unterschrift zu versehen und sie, wie es das Kabinett beschlossen hat, dem Reichstag vorzulegen, so daß vor der Annahme oder Ablehnung der Dawes-Gesetze die

Erhöhung der Brotpreise, die mit der Verwirklichung des Schutzolls eintreten muß, im Plenum des Reichstags nicht zur Debatte steht.

Bezeichnend, daß die Deutschnationalen über eine Gesinnung, die sie 5 Jahre lang vertreten haben, und in deren Verfolg sie die Reichsminister Erzberger und Rathenau muthwillig hingschlachten ließen, verhandeln. Qualvoll suchen sie den Ausweg, während die ganz Keinen Geister ihrer Fraktion auf Ablehnung beharren. Ein Vorfall im Auswärtigen Ausschuß ist charakteristisch für die innere Kämpfe, die sich zurzeit in der Deutschnationalen Partei abspielen. Als dort am Sonnabend ein Deutschnationaler gegen die Behauptung des Herrn Graefe, daß die Deutschnationalen umfallen werden, protestierte und ebenso

eine Wette abschließen wollte, wie sie der deutschnationale Abgeordnete Bruhn mit Breitfeld eingegangen dachte, wurde er von dem neben ihm sitzenden Fraktionsgenossen Soehlich an die Wand gedrückt und auf seinen Stuhl zurückgezogen. Soehlich der

Außenpolitiker der deutschnationalen Fraktion wird wissen, welchen Sinn diese Demonstration hatte und er wird es uns nicht verübeln, wenn wir sie als Anzeichen des bevorstehenden Umfalls betrachten. Schließlich aber ist das nicht der einzige Fall, der die deutschnationale Unsiherheit über die eigne Haltung charakterisiert und sie vor dem In- und Ausland lächerlich macht. Es gibt außer dem Kuhhandel und dem Falle Soehlich genügend andre Beweise, die die Dual der Deutschnationalen um den Ausweg bezeugen. So können wir eine am Sonntag im Auswärtigen Ausschuß gehaltene

### Rede des Abg. Quast

nur als die Suche nach dem Umfall ohne Aufsehen betrachten. Seine Darlegungen liefen darauf hinaus, über das Reichseisenbahngesetz neue Verhandlungen einzuleiten, damit dann die Deutschnationalen unter dem Hinweis auf ihre „Erfolge“ die zur Verabschiedung notwendige Zweidrittelmehrheit schaffen helfen können, während sie natürlich die andern beiden Gesetze, für die eine einfache Mehrheit genügt, ablehnen. Auch um diese Hoffnung sind die Erfüllungspolitik Hergtscher Couleur inzwischen ärmer geworden, da neue Beratungen über das Eisenbahngesetz im Augenblick aussichtslos sind.

Was was tun? Wenn alle Stränge reißen und schließlich auch aus dem Kuhhandel nichts wird, soll die

rettung durch ein parlamentarisches Gaukelspiel versucht werden. Man sollte annehmen, daß die Deutschnationalen beabsichtigen, ihrer Ueberzeugung mit allen parlamentarischen Mitteln Geltung zu verschaffen, um „eine Verklabung unsers Volkes zu verhindern“. Aber es handelt sich bei ihnen gar nicht um eine Ueberzeugungssache, die sie augenblicklich vertreten. Sie möchten schon, daß das Gutachten angenommen wird, aber ohne eingestehen zu müssen, daß sie 5 Jahre lang auf dem falschen Pferde gesessen haben.

Würde die Opposition gegen das Dawes-Gutachten auch nur ein geringes Maß an Ehrlichkeit besitzen, dann wäre es ihr möglich, die Annahme des Gutachtens zu verhindern. Die Annahme der Gesetze bedingt eine Zweidrittelmehrheit im Reichstag. Das wären 311 Abgeordnete, während die Koalitionsparteien und die Sozialdemokraten insgesamt nur 265 Abgeordnete zählen. Es fehlen den Befürwortern des Dawes-Gutachtens also im günstigsten Falle 45 Stimmen, um überhaupt die Zweidrittelmehrheit zustande zu bringen. Sowohl die Deutschnationalen wie die Kommunisten und die Deutschvölkischen denken aber gar nicht daran, diese Chance auszunutzen. Ihr gemeinsames Trachten geht vielmehr dahin,

die Zweidrittelmehrheit zustande zu bringen, ohne daß sie sich dabei etwas vergeben und blamieren. Der eine Teil der Opposition spekuliert dabei auf den andern, der eine will den Saal verlassen, wenn der andre im Plenum bleibt und umgekehrt. So möchten es die Kommunisten, die Deutschnationalen und die Deutschvölkischen, und wenn wir uns nicht täuschen, dürfte es schließlich dazu kommen, daß sie

alle gemeinsam im Saale bleiben und so viel Leute abkommandieren, daß die Zweidrittelmehrheit zustande kommt.

Der Sozialdemokratie könnte es nur angenehm sein, wenn die Reichstagsdebatte einen derartigen Abschluß findet, denn dann sind die Schreier auf der Rechten und Linken zu dem Eingeständnis überführt, daß die Erfüllungspolitik die einzige Möglichkeit zum Wiederaufstieg Deutschlands war. Das geschieht mit dem Augenblick, in dem die Opposition die Voraussetzung zur Annahme der Dawes-Gesetze durch die Herstellung der Zweidrittelmehrheit schaffen hilft, denn diese Voraussetzung schaffen helfen, ist gleichbedeutend mit der Zustimmung zu den Gesetzen. Eine glänzendere Rechtfertigung kann sich die Sozialdemokratie nicht denken. Diese Rechtfertigung bedeutet aber gleichzeitig eine Entlarbung der deutschnationalen und kommunistischen Gezer, die ihre Wirkung nicht verfehlen wird. —

### Folgen der Ablehnung.

Die wesentlichen Ausführungen des Reichskanzlers Marx in der Sonnabendssitzung des Reichstags konnten unsern Lesern dank des Radio-Dienstes noch am gleichen Tage zur Kenntnis gebracht werden. Nachzutragen sind die Reden des Reichsfinanzministers Luther

und des Außenministers Stresemann. Beide Redner gaben ein umfassendes Bild von den Folgen einer Ablehnung des Londoner Paktes, wobei Luther die Wirkungen auf die innere Lage Deutschlands auseinandersetzte und Stresemann die Wirkungen auf die Außenpolitik.

Bei Neuwahlen werden diese Reden ein gutes Stück der Grundlagen für die Auseinandersetzungen im Wahlkampf bilden, ein genaues Studium ist allen, die sich ein Urteil bilden wollen, dringend zu empfehlen. Wer aktiv im Wahlkampf mitarbeiten will, tut gut, wenn er sich diese Reden auszeichnet und sorgfältig verwahrt.

### Reichsfinanzminister Dr. Luther.

Ich will das Gegenbild oder genau, ich will vor Ihnen die Tatsachen darlegen, die Sie selbst in den Stand setzen sollen, zu sehen, was wird, wenn der Londoner Abmachung nicht zugestimmt wird. Ich gehe dabei von der Annahme aus, daß ein erheblicher Zeitraum ablaufen wird, bis etwa ein neues Abkommen fertig ist.

Obgleich es völlig unbestritten ist, daß sich unsere Gesamtwirtschaft in einer schweren Krise befindet, so will ich dennoch nach dieser Richtung einige Umstände besonders erwähnen. Ein guter Gradmesser für den Zustand des Wirtschaftslebens ist stets die Bewegung der Arbeitslosigkeit.

Nun hat die Arbeitslosigkeit in diesem Jahre seit dem 1. Juni erheblich zugenommen. Wir sind im besetzten Gebiet von rund 210 000 Arbeitslosen am 1. Juni auf rund 328 000 am 1. August angestiegen, d. h. innerhalb von 2 Monaten um annähernd 60 Prozent, und zwar ohne die nicht genau bekannte Zahl der Kurzarbeiter und der nicht unterstützten Arbeitslosen. Das sind nun gerade Monate, in denen ein erheblicher Bedarf der Landwirtschaft an Hilfskräften sich auswirkt. Wenn in diesem Jahre die Arbeitslosenzahlen steigen, so verbirgt sich dahinter eine besonders starke Zunahme der Arbeitslosigkeit im Wirtschaftsleben außerhalb der Landwirtschaft. Dieser Umstand wird mit aller Schwere ausbrechen, sobald die Hilfsbeschäftigung in der Landwirtschaft aufhört. Aus dem besetzten Gebiet füge ich hinzu, daß von insgesamt 450 000 Rohlearbeitern im Ruhrgebiet bereits jetzt rund 80 000 erwerbslos sind, dazu häufen sich die Nachrichten aus dem besetzten und unbesetzten Gebiet, wonach weitere nemerwerte Entlassungen bevorstehen.

Ein zweiter wichtiger Gesichtspunkt zur Beurteilung des Wirtschaftslebens ist der Zustand der Handelsbilanz. In der ersten Hälfte des Kalenderjahres 1924 haben wir einen Einfuhrüberschuß von einer Milliarde 600 Millionen Mark gehabt. Bei der Betrachtung der Steuerlage erwähne ich vorweg, daß das Reich zurzeit imstande ist, seine laufenden Verpflichtungen zu erfüllen. Das Reich wird sogar unter Zurückdrängung des aus mehreren Gründen sehr dringenden Wunsch, nach Bildung eines hinreichenden Betriebsfonds in der Lage sein, für eine begrenzte Uebergangszeit die erwartete Anleihe zu bevorzugen. Eine Abmachung dieser Art ist, wie aus den Umständen ja bekannt ist, in London getroffen worden. Etwas ganz anderes ist die Frage, wie sich bei Nichtannahme des Londoner Abkommens

die Finanzlage gestalten wird. Diese Frage kann man nur beurteilen, wenn man einen kurzen Ueberblick auf die Finanzverhältnisse des Reiches seit der Stabilisierung der Mark wirft. Von vorübergehenden Störungen abgesehen, hat das Reich seit diesem Zeitpunkt seine dringenden Verpflichtungen erfüllt, allerdings erst, nachdem es durch die Notgesetzgebung des letzten Winters auf einen sehr erheblichen Betrag an sich berechtigter Ansprüche die Zahlungen teils eingestell, teils ausgezahlt hat. Das Reich hat überdies in dieser Zeit für Durchführung bei der Goldanleihe aus den oft erörterten zwingenden Gründen bis zum heutigen Tage rund 570 Millionen Mark ausgegeben. Diesen Leistungen steht nun aber auf der andern Seite die Tatsache gegenüber, daß das Reich seit der Stabilisierung einen erheblichen Betrag einmaliger Einnahmen gehabt hat, die ihrer Natur nach nicht wiederholen. Da ist vorab der Rentenmarkkredit von rund einer Milliarde Mark. Weiter ist aus der Krönung von Rentenmünzen ein Gewinn von 118 Millionen Mark entstanden, wozu ein Gewinn aus der Prägung von Silbermünzen hinzutreten wird. Auch einmalige Steuererinnahmen hat das Reich in dieser Zeit in erheblichem Umfang gehabt, nämlich aus der Rhein-Ruhr-Abgabe, der Betriebsabgabe und der Obligationsteuer, zusammen etwa 330 Millionen Mark.

Dazu kommen die Beträge der Abschlagszahlungen auf die Einkommensteuer 1922/23 mit schätzungsweise 175 Millionen Mark. Diese Summe, die zusammen mindestens 1,8 Milliarden ausmacht, ist bis auf einen kleinen Rest, der unsern Betriebsfonds darstellt, verbraucht. Würdigt man dieses Bild, so ergibt sich, daß wir seit der Stabilisierung keineswegs allein von den laufenden Einnahmen gelebt haben, sondern aus einmaligen Einnahmen. Der Ausblick in die Zukunft wird aber wohl nicht viel erfristen, wenn man den Zustand bei den laufenden Einnahmen betrachtet. Seit einigen Monaten hat im Zusammenhang mit der ganzen Not unserer Wirtschaft

die Steuerfähigkeit offensichtlich abgenommen. Darüber hinaus hat sich in der Wirtschaft, zum Teil unter Führung großer Wirtschaftsverbände, eine Bewegung entwickelt, die grundsätzliche Finanzschiebung von Steuererinnahmen oder allgemeine Nachlässe erstrebt. Das jeder Fälle vorgekommen sind, in denen zum Steuerrecht aufgerufen wurde, will ich hier nur erwähnen, nicht ohne hinzuzufügen, daß gegen solche Entscheidungen selbstverständlich mit der ganzen Schärfe des Gesetzes eingeschritten wird. Nebenbei aber muß man aus allen diesen Dingen

die Steuerfähigkeit offensichtlich abgenommen. Darüber hinaus hat sich in der Wirtschaft, zum Teil unter Führung großer Wirtschaftsverbände, eine Bewegung entwickelt, die grundsätzliche Finanzschiebung von Steuererinnahmen oder allgemeine Nachlässe erstrebt. Das jeder Fälle vorgekommen sind, in denen zum Steuerrecht aufgerufen wurde, will ich hier nur erwähnen, nicht ohne hinzuzufügen, daß gegen solche Entscheidungen selbstverständlich mit der ganzen Schärfe des Gesetzes eingeschritten wird. Nebenbei aber muß man aus allen diesen Dingen

Schlehen, daß in der deutschen Bevölkerung durchaus die objektiven und auch die subjektiven Voraussetzungen für eine Gesamtsteigerung der Steuerbelastung fehlen. Während der Londoner Verhandlungen waren die Zeitungen voll Kluggebungen, deren Ziel die Herabsetzung der Steuern war.

Das Ergebnis hinsichtlich der laufenden Einnahmen ist also das, daß ohne Annahme der Londoner Abmachungen mit einer Verminderung der laufenden Einnahmen, keinesfalls aber mit einer Vermehrung gerechnet werden muß. (Zustimmung.) Bleibt die Frage, ob eine Verminderung der Ausgaben des Reiches durchführbar ist. Einer

#### erneuten Herabsetzung der Beamtengehälter

und der sozialen Unterstützungsbeträge stehen sicherlich die schwersten Bedenken entgegen. Die Ausgabenverhältnisse, die seit Beginn des Rechnungsjahrs seitens des Reichsfinanzministeriums gegenüber den Sachverständigen vorgekommen sind, dürften auch nicht immer aufrechtzuerhalten sein, da die Ausgaben vielfach nur hinausgeschoben sind. Auf der anderen Seite aber wäre ohne Zweifel mit steigenden Ausgaben zu rechnen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß bei einem Abbrechen der Verhandlungen die Beschäftigten im Westen auf eine Fortsetzung der Gewaltpolitik zur Erlangung von Sachlieferungen und zur Auspressung der in ihrer Gewalt befindlichen deutschen Wirtschaft verzichten würden. Nun hat die Wirtschaft des besetzten Gebiets bisher zum großen Teil aus eigener Kraft bestritten. Im Rahmen der Ricum-Verträge hat das Reich allerdings in den letzten Zeiten schon eine gewisse Hilfe gewährt. Es scheint mir ganz sicher zu sein, daß die Wirtschaft des besetzten Gebiets die Ricum-Verträge von sich aus allein nicht mehr weitertragen kann.

Die Reichsregierung wird infolgedessen vor die Notwendigkeit gestellt sein, hierfür erhebliche Mittel bereitzustellen. Wenn dann diese Mittel, wie anzunehmen, nicht vorhanden sein werden, so wird ein völliger

wirtschaftlicher und sozialer Zusammenbruch im Ruhrgebiet drohen und damit die größte Gefahr für ganz Deutschland. Das Gesamtergebnis der Betrachtung der Finanzlage des Reiches ist also dies:

1. Wir haben seit der Stabilisierung einen erheblichen Zuzug aus einmaligen Einnahmen zur Aufrechterhaltung der Reichsfinanzen nötig gehabt.
2. Die laufenden Einnahmen werden bei Nichtannahme der Londoner Abmachungen angesichts der Notlage unserer Wirtschaft zurückgehen.
3. Die Ausgaben des Reiches werden sich nicht vermindern, sondern sich vermehren.

Das so gewonnene Bild bekommt sein ganzes Schwerkraft aber erst, wenn man die Entwicklung ins Auge faßt, die unser Wirtschaftslieben nach menschlicher Voraussicht für den Fall nimmt, daß dem Londoner Abkommen nicht zugestimmt wird. Was unsere Wirtschaft so außerordentlich fehlt, ist, wie allgemein bekannt, der Kredit.

#### Die Kreditnot

nun würde bei Nichtannahme der Londoner Abmachungen unvermeidlich hart liegen. Die Kreditnot der Reichsbank müßte auf der ganzen Linie zur äußersten Zurückhaltung zurückzuführen. Bei der Landwirtschaft würde hinzukommen, daß der Plan, durch Umprägung der Rentenbank die Hunderte von Millionen landwirtschaftliche kurzfristige Kredite in langfristige Kredite umzuwandeln, gegenstandslos würde. Es ist bestimmt anzunehmen, daß bei solcher Bekämpfung der Dinge die da zahlreich laufenden kurzfristigen ausländischen Kredite bei Fälligkeit nicht ohne weiteres zu den gleichen Bedingungen verlängert würden.

Solche Verdrängung bedeutet dann wiederum weitere Arbeitslosigkeit, die weitere Arbeitslosigkeit bedeutet Erhöhung der Ausgaben der öffentlichen Verbände zur Arbeitslosenfürsorge und auf der anderen Seite Verminderung ihrer Einnahmen infolge der sinkenden Steuerkraft. (Zustimmung.) Auf diesem Wege muß der Ruin kommen, ins Reich, Länder und Gemeinden ihre einfachen Aufgaben nicht mehr erfüllen können. Erwähnen will ich ausdrücklich, daß der

#### Ursprung einer neuen Inflation

durchaus unmöglich ist. Als wir es zum ersten Male gemacht haben, war Deutschland im Vergleich zu heute noch reich. Es waren also Werte vorhanden, die auf dem Wege der künstlichen Geldschöpfung aufzubringen worden konnten. Das ist ja das Schicksal der Welt, der Nationen und der öffentlichen Anstalten. Nicht aber in Deutschland blühen. Die Inflation würde mithin in kürzester Zeit ein gewaltiges Ausmaß annehmen und dieselben Rückschlüsse heraufziehen, die Mitte November 1923 in allerletzter Stunde durch Veranschlagung der Rentenmark vermieden worden sind. Die Gefahr, die aus dem, was ich Ihnen entwickelt habe, liegt für mich auf der Hand.

Der gesamte Zustand unserer Wirtschaft zwingt zur Annahme der Londoner Abmachungen. Alles einzelne, was wirtschaftlich im Bereich kommt, aus der unabweisbaren Fülle des Stoffes herauszutragen, ist nicht imstande. Daß die Gesamtlasten außerordentlich hoch und daß die Eingriffe in das Eigenleben des deutschen Volkes außerordentlich schwer sind, darüber kann kein Zweifel sein. Auf der anderen Seite ist gewiß, daß nur bei Annahme der Londoner Abmachungen

unser Wirtschaft die Geldleistungen beschafft werden können, nach denen sie mit Recht verlangt, nämlich die Anpassung unseres Steuersystems an die wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten und ein wirksamer Abbau der Einkommensteuer, deren Stand durch die Verhältnisse an Ruhr und Rhein in die Höhe getrieben ist.

Wenn ich so das, was uns nach menschlicher Voraussicht erwartet, wenn das Londoner Abkommen abgelehnt wird, gegenüberhalte, den Zustand des Londoner Abkommens mit allen seinen Vorteilen und Schwächen, so kommt mir der Weg der Zustimmung unabweislich. Ich wage es auch, der Zustimmung Ausdruck zu geben, daß das deutsche Volk, wenn es sich anstrengt und tapfer kämpft, auf der Grundlage des Londoner Abkommens unter lebenswürdigen Bedingungen endlich seinen Wiederaufstieg beginnen wird. (Lebhafter Beifall.)

#### Außenminister Dr. Stresemann.

Nachdem der Reichsfinanzminister unter lebhaftem Beifall der Mehrheit geschlossen hat, ersagt Außenminister Dr. Stresemann das Wort. Er bezeugt sich nicht damit, über den Inhalt des Londoner Abkommens zu berichten, sondern er erregt die Diskussion und antwortet auch schlagend auf die Bedenken der äußersten Rechten und Linken. Gegenüber den Deutschnationalen und Nationalen, die immer behauptet haben, die Deutschen denken gar nicht daran, das Ruhrgebiet zu räumen, betont Stresemann, daß Herriot, der sich verpflichtet hat, über die Räumungsfrage nicht zu verhandeln, dies lediglich dazu getan hat, nachdem er die Zustimmung seiner Mitbewerber dazu erlangt hätte. Der Verlauf der Londoner Verhandlungen beweist aber, daß Deutschland nicht zuzustimmen hat, daß das Ruhrgebiet unter französischer Kontrolle bleibt, daß es für den Rest der Welt ein Beispiel ist, daß es für den Rest der Welt ein Beispiel ist, daß es für den Rest der Welt ein Beispiel ist.

Im Ausschüssigen Ausschuss habe ich schon vor meiner Rede nach London gesagt, daß die sofortige Räumung kaum zu erreichen

sein werde. Wir sollten darauf bedacht sein, daß sie in einer Frist erfolgt, die nicht noch Jahren, sondern nach Monaten zählt. Das haben wir erreicht. (Beifall bei der Mehrheit.) Der Minister übertrug dann, von den Mitgliedern der äußersten Rechten, die den Verhandlungen über die Räumung, im Vergleich zu dem unüberwindlichen französischen Standpunkt in der Räumungsfrage habe vorher noch sehr erhebliche Vorteile für Deutschland gebracht. Die Rede bezieht sich auf die einen Seite Herrn Herriot als einen Mann, der die Räumungsfrage

sprechen nicht zu trauen sei, auf der anderen Seite stellt sie ihn wieder als einen harmlosen friedlichen Menschen hin, der aus einer Ablehnung des Dawes-Planes durch Deutschland gar keine Konsequenzen ziehen würde. Wenn auch nicht formell, so bestand doch tatsächlich ein gewisser Zusammenhang zwischen den handelspolitischen Wünschen Frankreichs und der Räumungsfrage. Die deutsche Delegation hat London verlassen, ohne sich in handelspolitischen Fragen irgendwie zu binden. Es war für Deutschland sicher besser, in bezug auf den Endtermin der militärischen Räumung etwas nachzugeben, statt für die künftigen wirtschaftlichen Verhandlungen die Trümmer vorher aus der Hand zu legen. (Lebhafte Zustimmung der Mehrheit.) Es ist in London auch erreicht worden, daß

#### die Frist für die Räumung

sechs bis acht Wochen früher läuft als die übrigen Fristen. (Zuruf eines Kommunisten: Das ist ja fabelhaft!) Das ist nicht fabelhaft, aber das wird von denjenigen im besetzten Gebiet gewürdigt werden, für die sechs oder acht Wochen eine Rolle spielen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn die Rechte sagt, die Gerechtigkeit hätte die sofortige Räumung erfordert, so klingt das seltsam im Munde von Leuten, die sonst immer betonen, daß sich die Entwicklung der Geschichte nicht nach Theorien, sondern nach den realen Machtverhältnissen richtet. (Sehr gut!) Herriot wollte uns durch die sofortige Räumung von Offenburg und Uffenweier einen sichtbaren Beweis seines guten Willens geben und er hat sein Wort gehalten. Das anzuerkennen nehme ich keinen Anstand. (Geschrei der Rechten: Weisfall der Mehrheit.) Wir können Außenpolitik nicht so treiben, daß wir immer den Gegner als vorübergehenden Schuft bezeichnen. Die Rechte hat immer behauptet, Frankreich werde vom Poincarismus nicht lassen. (Sehr richtig! rechts.)

#### Der Londoner Vertrag ist jedenfalls

#### kein Ausfluß des Poincarismus.

(Widerspruch rechts, Beifall bei der Mehrheit.) Es besteht gar kein Zweifel daran, daß der 15. August 1925 der allerletzte Termin für die militärische Räumung des Ruhrgebiets ist. (Rufe rechts: Abwarten!) Sie (nach rechts) geben ja das beste Material denjenigen Leuten in Frankreich, die an der Räumungszusage herumdeuteln wollen. (Sehr wahr! bei der Mehrheit.) Der Kampf um die Befreiung der besetzten Gebiete ist mit London noch nicht beendet, sondern er hat dort begonnen. Die deutsche Regierung betrachtet es als ihre Pflicht, damit eine Verschleierung der Räumung hinzuwirken; sie handelt damit nicht nur im Einklang mit dem bekannten Brief Macdonalds, sondern auch mit den Erklärungen Herriets. Es ist ganz falsch, zu behaupten, das Ruhrgebiet bleibe noch ein volles Jahr besetzt. Es ist ein unbestreitbarer Erfolg, daß ein ganz bestimmter äußerster Endtermin für die Befreiung erreicht worden ist. Von den Leuten, die das erreicht haben, sollte man nicht mit den Worten der „Kommunistischen Tagespost“ sagen: „Los von den Landesverrätern!“ (Entusiastischer Beifall bei der Mehrheit.)

#### Die Machtbefugnisse der Reparationskommission,

unter denen Deutschland so schwer gelitten hat, sind durch den Londoner Vertrag durchaus verändert. Frankreich hat dort nicht mehr die entscheidende Mehrheit. Die Hinzuziehung des Amerikaners ist auch deshalb für uns von Bedeutung, weil der Gläubigerstaat Amerika ein wirtschaftliches Interesse hat an dem Wohlergehen seines Schuldners Deutschland. (Zustimmung.)

In der Sanktionsfrage sind wesentliche Erleichterungen für uns erlangt worden. Ein großer Fortschritt ist die Durchführung des Schiedsgerichts für alle diese Fragen. Das ist doch ein ganz anderer Geist als der des Diktats, unter dem wir bisher gelitten haben. (Zuruf rechts: Wer in den Schiedsgerichten sitzen Franzosen und Belgier!) Sie würden wohl ein Schiedsgericht aus lauter Deutschen erreicht haben! (Ermüdete Heiterkeit.)

Deutschland befindet sich gegenwärtig in einer Vertrauenskrise des Kredits. Deutschlands Wirtschaftsinstrument ist zum Glück durchaus intakt, aber es laufen jetzt in der Wirtschaft einhalb Milliarden als kurzfristige Kredite, die durchs von der Erlebigen des Dawesplans abhängen. Die Mitglieder des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die politisch meist weit rechts stehen, haben sich gemäß nicht aus Gefühlsgründen für den Dawes-Plan ausgesprochen, sondern weil der Verband es ihnen gebot.

#### Das Ruhrgebiet hört auf, die Reparationsprovinz zu sein.

(Rufe rechts: Ganz Deutschland wird Reparationsprovinz!) Ja, und das soll so sein; ganz Deutschland hat die Pflicht, für die Reparationslasten zu haften, es darf das nicht der Bevölkerung des besetzten Gebiets allein überlassen. (Lebhafter Beifall.) Mit Zustimmung der Rechten wollte schon das Kabinett Cuno aus der Spezialkommission des Ruhrgebiets eine Generalkommission des Deutschen Reiches machen. Zum Segen des besetzten Gebiets haben wir das jetzt erreicht. (Lebhafter Beifall und Handklatschen der Mehrheit.) Von Versailles bis London war ein weiter Weg der Demütigung. London ist nicht der Schluss, es soll der Anfang sein einer Entwicklung, deren Ziel das Ende der nationalen Missetat und der Beginn einer neuen Ära der Verständigung der Völker ist. (Lebhafter Beifall und Handklatschen der Mehrheit. Vereintes Rufen der Monarchisten, Sozialisten und Kommunisten.)

#### Geschäftsordnungsdebatte.

Den Schluss der Sonnabendtagung bildete eine Geschäftsordnungsdebatte, die eigentlich eine Präzidenten-Debatte war, denn im ganzen Hause gibt es nur ein Urteil über den deutschnationalen Präsidenten Wallraf-Untschig!

Ein Glück für diesen Präsidenten, daß die Kommunisten klein beigeben und sich mit Einigem Geschrei zufrieden gaben, als der Einspruch des Abg. Schwarz mit allen gegen die kommunistischen Stimmen verworfen wurde.

Die nächste Sitzung wurde auf Montag mittags 12 Uhr festgesetzt. Gegenüber dem deutschnationalen Antrag, auf die Tagesordnung auch die Polborlage zu setzen, erklärten die Sozialdemokraten, daß sie die Einhaltung der geschäftsordnungsmäßigen Fristen erzwingen würden. Die deutschnationalen und kommunistischen Anträge zur Geschäftsordnung wurden abgelehnt.

#### Die Industriellen fordern Annahme.

Die Vorstände des deutschen Industrie- und Handelstages, des Reichsverbandes der deutschen Industrie und des Wirtschaftsausschusses für die besetzten Gebiete, einschließlich der Landwirtschaft, haben zu der durch das Londoner Abkommen geschaffenen Lage in gemeinsamer Tagung folgende Entschlüsse angenommen:

Die Voraussetzungen, unter denen die von uns vertretenen Wirtschaftskreise sich mit der Annahme des Dawes-Planes abgefunden haben, sind im Londoner Abkommen im wesentlichen erfüllt geblieben. Innerhalb geblieben ist insbesondere die Sicherung der Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Gesamtsituation Deutschlands, denn die Fortdauer der militärischen Besetzung würde die uns. Schwere Widerstand erheben wir gegen eine Aufhebung der militärischen Besetzung unter dem Druck der Weltöffentlichkeit. Wir sind bereit, in der nächsten Zeit die Verhandlungen mit Frankreich zu

mit den von uns nach dem Dawes-Pläne übernommenen Verpflichtungen nicht vereinbar sind. Wir haben stets den Standpunkt vertreten, daß die in dem Dawes-Pläne aufgeführten Lasten sich als die Leistungsfähigkeit Deutschlands übersteigern werden. Jede weitere Erhöhung der wirtschaftlichen und politischen Friedens muß diese Leistungsfähigkeit schwächen. Trotz alledem glauben wir unter dem schweren Druck der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage vor allem bei der Unhaltbarkeit der Zustände im besetzten Gebiet, die Verantwortung für eine Ablehnung des Londoner Abkommens und die sich aus ihr ergebenden wirtschaftlichen und politischen Folgen nicht übernehmen zu können, und müssen uns daher zur Empfehlung der Annahme entschließen.

Die Entschlüsse wurden bei Teilnahme von etwa 100 Vertretern gegen drei Stimmen angenommen. Die Vertreter der besetzten Gebiete billigten die Entschlüsse einstimmig.

#### Der Reichswirtschaftsrat stimmt zu.

Im Wirtschaftlichen und Finanzpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats wurde am Sonnabend nachmittags eine Entschlüsse angenommen, in der es heißt, daß die beiden Ausschüsse angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Lage, namentlich im Hinblick auf die Unhaltbarkeit der Zustände im besetzten Gebiet und die sich aus einer Ablehnung des Londoner Abkommens ergebenden schweren Folgen eine Ablehnung nicht für möglich halten und deshalb der Annahme in bestimmter Erwartung zustimmen, daß in den Organisationskomitees und bei der Ausführung der einzelnen Bestimmungen der Besetze und Maßnahmen die Objektivität abzuwarten wird, die den ersten Grundsatze des Dawes-Planes — der Anpassung der Lasten an die Leistungsfähigkeit Deutschlands — Rechnung trägt.

Eine Minderheit von 10 Stimmen (gegen 81 Stimmen) hat für diese Fassung vorgeschlagen, darauf hinzuwirken, daß sich die Ausschüsse mit den Ergebnissen der Londoner Konferenz und dem Entschluß der Dawes-Besetze, nur unter dem Zwange der wirtschaftlichen Lage und im Hinblick auf die unerhörten Leiden der Bevölkerung in den besetzten Gebieten abfinden in der bestimmten Erwartung, daß die Reichsregierung alle geeigneten Schritte unternimmt, um die allmähliche Räumung des Ruhrgebiets durchzusetzen.

Nachdem dem Vorsitzenden die Ermächtigung erteilt worden war, sowohl das Mehrheits- wie das Minderheitsvotum der Reichsregierung sofort zu übermitteln, wurde am Schluß der Sitzung festgestellt, daß kein Ausschussmitglied gegen die Geschehnisse gekündigt hatte.

#### Notruf aus dem Gefängnis.

Die Deutschnationalen sitzen in der Klemme. Der stolze Erklärung, daß der Londoner Pakt abgelehnt wird, ist bekommenes Schweigen gefolgt.

Die Phrasenpartei sitzt aber auch in einer argen Zwangsmühle. Große Teile ihrer eignen Parteigänger verlangen stürmisch die Annahme der Londoner Abmachungen. Beim Reichsminister des Auswärtigen ist folgendes Telegramm eingegangen:

Hundert wegen deutschnationaler Propaganda im französischen Gefängnis Dortmund nach Freiheit schreiende Gefangene bitten unter allen Umständen um Annahme des Londoner Abkommens. (Kotes Kreuz, Lünen, Walzer, Vorsitzender.)

Das wäre doch eine prächtige Gelegenheit zum Umfallen. Man entdeckt sein warmes Herz für „die Brüder, die in den französischen Kerker schmachten“, und bringt diesen ein „nationales Opfer“. Das deutschnationale Schweigen scheint darauf hinzudeuten. Dann könnten doch diese nationalistischen Marktschreier trotz alledem die vaterländische Selbstopfer bewahren und entgegen einem Kampftampf, bei dem sie elend zusammengekauert würden.

#### Herriot's Sieg.

Die französische Kammer hat am Sonntag früh um 4 Uhr die Zustimmung über das Londoner Abkommen angenommen und der Regierung mit 336 gegen 204 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Haus und Tribüne waren überfüllt.

Herriot führte in seiner Rede am Schluß der Verhandlungen unter anderem aus:

Das Räumungsproblem ist ein wirtschaftliches Problem. Es war paradox, daß man aus Deutschland zahlreiche Milliarden herausziehen wollte, ohne vorher seine wirtschaftliche Lage saniert zu haben. Der Sachverständigenrat ruht nicht auf der Zwangsmethode, er kann sich im Gegenteil nur auswirken durch die Solidarität nicht nur der Alliierten sondern — es muß dies gesagt werden, denn die Vernunft muß über die Eigenliebe triumphieren — durch die Annäherung zwischen den Alliierten und Deutschland, und das ist die große Friedenskraft des Dawesplans. Aus dieser inneren Notwendigkeit der Solidarität heraus kann der Dawesplan nur dann wirksam sein, wenn eine Annäherung zwischen den Alliierten und Deutschland stattfindet, dem bedeutungsvollen Gerede jenes Wirtschaftskörpers, der Europa heißt. Einmal findet eine Neubildung dieses Wirtschaftskörpers statt, dann geht ein Wirtschaftskampf und den fürchterlichsten Katastrophen entgegen. (Beifall auf allen Bänken.)

In Deutschland hat die französische Regierung die Pflicht zu unterbinden zwischen demokratischen Elementen, die mündig im Interesse des Friedens kämpfen, und den nationalistischen Elementen.

Auf die Füssen, daß Deutschland ruiniert werden muß, damit Frankreich blühe, hat man den Frieden zu gründen gesucht. Man hat sehr rasch gemerkt, daß wenn Frankreich zahlungserhalten ist, zunächst Deutschland sein Geldgewinn wieder gegeben werden muß. Wollen Sie den Frieden? Dann machen Sie ihn auf dem Gebiet wirtschaftlicher Beziehungen. Machen Sie einen Frieden durch Handelsverträge. Tun Sie das nicht, dann wird der Frieden nur ein trügerischer Schein sein, aus für lächerliche Fäden, aber nicht imstande, der ersten Prüfung zu widerstehen.

Der den Frieden haben will, der muß ihn sich verdienen. Glauben Sie nicht, daß man das Ergebnis, wie man erreicht, erreichen wird, auf dem Weg des Zwangs. Indem man zur Gewalt den Zuflucht nimmt, indem man seinen Willen aufzwingt durch das System der Ultimata, unter Land braucht Ruhe. Das ist der Sinn der Londoner Abmachungen.

# Radiodienst der Volkstimme.

## Das Berufsbeamtentum bleibt bestehen.

sp Berlin, 25. August. Im Auswärtigen Ausschuss bejahte am Sonntag bei der Beratung des Reichsbahngesetzes Staatssekretär Vogt vom Reichsverkehrsministerium die Anfrage, ob alle Beamten am 1. Oktober in die neu gegründete Eisenbahngesellschaft übernommen werden.

Die Unabbarkeit der Reichsbahnbeamten sei grundsätzlich im Gesetz anerkannt worden. Um die zuerst verlangte Umwandlung der Reichsbahnbeamten in Angestellte zu vermeiden, war es notwendig, den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Gesellschaft das Zugeständnis zu machen, ungeeignete oder überzahlte Beamte jederzeit auf Kündigung setzen zu dürfen. Selbstverständlich werde und müsse sichergestellt werden, daß dabei nur sachliche Gesichtspunkte maßgebend sind.

Die große Abbarkeit sei im übrigen erledigt und es könne sich nur noch um Einzelfälle handeln, in denen diese Bestimmungen angewandt werden können. Für die Allgemeinheit und für die Beamtenschaft seien diese Zugeständnisse weniger von Bedeutung, als die durch sie abgewandte Gefahr der Umwandlung des Berufsbeamtentums in einen Angestelltenkörper.

## Mahner im Reichstag.

sp Berlin, 25. August. Im Reichstag ist heute vormittag eine große Vorberatung von Beamten aus der Pfalz, dem Rheinland, dem Gebiet am Mittel- und Niederrhein angekommen, die trotz schwerer Bedenken die Annahme der Londoner Vereinbarungen fordern. Die Vorberatung besteht aus Mitgliedern sämtlicher Parteien einschließlich der Deutschen Nationalen.

## Frankreichs Senatsitzung.

ng Paris, 25. August. Die Senatsdebatte über die Londoner Konferenz wird am Dienstag beginnen. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß Herrriot auch hier ein Vertrauensvotum bekommt, und der Senat sich gleichzeitig für das Londoner Abkommen ausspricht.

## Vollziehung des Völkerbundes.

ng Paris, 25. August. Die französischen Blätter lassen sich aus Wien melden, daß zum Vorsitzenden der am 1. September beginnenden Vollversammlung des Völkerbundes aller Voraussicht nach der Chef des schweizerischen politischen Departements, der Bundesrat Motta, gewählt werden wird. Die Zusammensetzung der französischen Delegation, deren Vorsitzender auch diesmal Leon Bourgeois sein wird, hat durch den Rücktritt Vivianis eine Änderung erfahren. Es werden ihr u. a. angehören: Briand, Paul Doumer und Henri de Jouvenel.

## Abrüstungskonferenz nach Regelung der Reparation.

ng Paris, 25. August. Nach einer Mitteilung der „Chicago Tribune“ hat am Sonntag der amerikanische Präsident Coolidge auf einem Empfang der Pressevertreter der Meinung Ausdruck gegeben, daß die geplante Abrüstungskonferenz nicht stattfinden werde, bevor der Dawes-Plan verwirklicht und in Kraft getreten sei. Die Regelung der Reparationsfrage, erklärte der Präsident, sei für Europa von allergrößter Dringlichkeit.

## Ueberfall auf das Reichsbanner.

Am Freitag hatte die kommunistische Partei Räte nicht eine Versammlung mit dem Thema: „Reichsbanner, Sozialdemokratie, Verfassung, die Instrumente des Kapitalismus zur Unterdrückung des Proletariats“, Referent Nebe, einberufen. Reichsbannerleute der angrenzenden Ortsgruppen hatten aus Interesse an diesem Thema an dieser Versammlung teilgenommen. Einer der Führer des Reichsbanners, Stadtrat Manthe, versuchte mit dem Vorsitzenden der kommunistischen Partei eine Einigung darüber zu erzielen, daß der Referent Nebe eine Stunde und ein Korreferent des Reichsbanners auch mit einer Stunde Redezeit zugelassen werden sollte. Der Versammlungsleiter der kommunistischen Partei lehnte diesen Vorschlag ab.

Nachdem der Referent zirka 1 1/2 Stunden seine domagogischen Platteiten zum besten gegeben hatte, ging er zu wüsten Schimpereien auf Minister Sebering, Landtagsabgeordneter Kuttner, Polizeipräsident Richter, Reichspräsident Ebert und den Reichstagsabgeordneten Scheidemann über. Die Reichsbannerleute, empört über diese Art, riefen „Schluß!“ und plötzlich gab der Referent Nebe das Zeichen zum Angriff auf die Reichsbannerleute, indem er selbst vom Podium herabsprang, eine Wanz ergriff und auf die Reichsbannerleute warf. Die Reichsbannerleute parierten den allgemeinen Angriff, und es gelang ihnen ganz systematisch, die Kommunisten in eine Ecke zusammenzudrängen, wo sie sich dann mit Schlüsselrunden Knien dem Schutze der von ihnen herbeigeholten Polizei anvertrauten.

Es gab auf beiden Seiten einige Leichtverletzte. Die Reichsbannerleute zogen in losen Trupps ordnungsmäßig nach Hause.

Es ist nicht der erste gewalttätige Angriff, den Kommunisten auf Reichsbannerleute unternommen haben, so daß man sich des Eindrucks nicht entziehen kann, daß diese gewalttätigen Angriffe auf einen kommunistischen Parteibefehl zurückzuführen sind. Die Reichsbannerleute tun gut, sich überall auf Angriffe der Kommunisten gefaßt zu machen.

## Löbe und Wirth in Bern.

Die Sommerabendtagung der Interparlamentarischen Konferenz wurde mit der Redeführung eines Briefes des amerikanischen Präsidenten Coolidge eingeleitet. Er ladet die nächste Tagung der Interparlamentarischen Union nach Washington ein. Die Konferenz nahm diese Einladung für das Jahr 1925 einstimmig an.

Dann kam Paul Löbe zu Wort. Er begrüßte das Ergebnis der Londoner Konferenz und brachte die Hoffnung zum Ausdruck, daß die Reichsregierung an das Volk appelliert, wenn im Reichstag die Ueberwindung der zu verabschiedenden Gesetze scheitert. Als er forderte, daß auch für das besetzte Gebiet der Schiedsgerichtsgedanke gelten müsse, wurde ihm für sein reiches Weisheit zuteil. Löbe sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß die auswärtige Politik aller Staaten bald durch die Interparlamentarische Union kontrolliert werde und Amerika wie Deutschland bereits im nächsten Jahre dem Völkerbund angehören.

Auch die Rede des früheren Reichstanzlers Dr. Joseph Wirth, die einen starken politischen Charakter trug, wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Wirth erklärte, daß der Friedenswille der deutschen Demokratie Mitteleuropas vor dem Chaos gerettet habe. Später einmal werde man die Rettungen des deutschen Volkes gedanklich beurteilen als heute. Deutschland und Frankreich seien aufeinander angewiesen, und deshalb sei es Zeit, daß der Gatteit beizuhilfen. Die deutsche Demokratie arbeite trotz aller Enttäuschungen dafür, daß die Reparationsfrage im Sinne der Gerechtigkeit und nicht im Geiste des Hasses gelöst werde. Wirth sprach dann seinen Dank aus für die amerikanische Botschafterin

und es sei zu erwarten, daß die Lösung dieses Problems eine beträchtliche Verminderung der Kriegsgefahr im Gefolge haben werde. Die Diskussion der Frage der internationalen Schiedsgerichte sowie des Beitritts Amerikas zum Internationalen Schiedsgericht müsse bis zur endgültigen Liquidierung des Reparationsproblems vertagt werden.

## Erweiterung des belgischen Bergarbeiterstreiks.

ht Brüssel, 25. August. Nachdem am Sonntag vormittag die Unternehmer des Kohlenbergbaus im Borinage-Kreuzer die Vermittlungsvorschläge der streikenden Bergarbeiter abgelehnt haben, wird befürchtet, daß der seit Wochen andauernde Streik im Borinage auch auf die andern Kohlenreviere in Belgien sich ausbreiten wird.

## Er mordung Matteottis noch nicht aufgeklärt.

It Rom, 25. August. Das Geheimnis der Ermordung Matteottis ist noch keineswegs gelüftet. Der neuerdings gedehnte Zweifel, daß der gefundene tote mit Matteotti identisch ist, wird von den Freunden Matteottis bekämpft. Zwar sei der Kopf des Ermordeten so verstimmt gewesen, daß weder die Züge Matteottis noch die Schädelform zu erkennen war. Es sei jedoch außer Zweifel, daß es sich um Matteotti handelt.

Dagegen sei es wirklich zweifelhaft, ob Matteotti kurz nach der Tat von den Mördern selbst begraben worden ist. Es besteht hinreichender Grund zu dem Verdacht, daß Komplizen der Täter nach deren Verfolgung und Ermordung die Leiche verscharrt haben. Die Polizei müsse daher nach diesen Verbrechern suchen, die den Leichnam solange versteckt haben.

Ueber den Fortgang der Untersuchung gegen die verhafteten mutmaßlichen Täter erzählt die römische Öffentlichkeit so gut wie gar nichts. Dagegen sind die Zeitungen jeden Tag mit Verurteilungen über das Verbrechen und die Verbrecher gefüllt.

## Abstimmung in Schaumburg-Lippe.

sp Bielefeld, 25. August. Nach den bisher vorliegenden Nachrichten aus 65 Stimmbezirken sind beim Volksentscheid in Lippe insgesamt 1142 Stimmen abgegeben worden. In dieser Zahl sind noch 1000 ungültige Stimmen enthalten. Aufgebracht werden mußten 16887 Stimmen. Aus 6 kleineren Orten stehen die Ergebnisse noch aus, an der Niederlage des Ordnungsbundes können sie aber nichts mehr ändern. Schaumburg-Lippe hat somit einen kräftigen sozialdemokratischen Erfolg zu verzeichnen.

## Das Fest der Arbeit.

sp Hamburg, 25. August. Das von den Hamburger freien Gewerkschaften veranstaltete „Fest der Arbeit“ nahm am Sonntag einen großartigen Verlauf. In der Mittagsstunde sammelten sich im Stadthaus die einzelnen Organisationen zu einem gewaltigen Festzuge, in dem besonders die Festwagen, auf denen die Tätigkeit der verschiedenen Berufe symbolisch dargestellt wurde, auffielen. Bemerkenswert war, daß sich dem Festzuge auch viele Kommunisten eingereiht hatten. Auf dem Festplatz in dem großen Hamburger Stadtpark wurden an 17 verschiedenen Stellen Darbietungen der Arbeiter-Sportler und -Sänger gegeben. Die Teilnehmer an diesem Fest werden auf 300 000 geschätzt.

hilfe und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Dawes-Plan im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen durchgeführt werde. Er schloß mit einem stürmisch aufgenommenen Appell an ganz Europa; die schwere Arbeit der deutschen Demokratie zu unterstützen und insbesondere an beiden Ufern des Rheins für den Frieden in Europa und die wahre Demokratie zu wirken.

## Notizen.

**Russisch-polnischer Grenzzwischenfall.** Wie die „Kattowitzer Zeitung“ meldet, wurde in Muczewitz eine aus sieben Köpfen bestehende russische Ueberfallabteilung geübt, die vom polnischen Abwehrdienst aufgegriffen wurde. Vier Russen wurden getötet, drei gefangen genommen. Die polnische Polizei hatte zwei Tote zu beklagen.

**Bulgarische Revolutionsorgane.** Die bulgarische Regierung hat in letzter Zeit Hunderte von Kommandos bereitgestellt, die ausschließlich die Aufgabe haben, die kommunistische Parteilbewegung zu beobachten und ihre Waffenlager auszuheben. Neuerdings sollen wieder eine ganze Anzahl Waffenlager geblieben und kleineren Umfangs entdeckt worden sein. Man will russischen Ursprung festgestellt haben und meldet, es sei Vorzeige getroffen worden, dem „Waffenstempel“ soweit als möglich zu unterbinden, unter anderem patrouillieren Tag und Nacht rumänische Schiffschiffe im Einbernehmen mit der bulgarischen Regierung an der bulgarischen Küste.

**Hilfsrat von den Solowki-Inseln.** Von der Auslandsvertretung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands wird mitgeteilt: Laut einem, jedoch eingelassenen Telegramm aus Russland, hat sich die Lage in dem Konzentrationslager auf den Solowki-Inseln im Weißen Meer außerordentlich zuspitzigt. Die Gefangenen sehen kein anderes Mittel als den Hungerstreik, um ihre Forderung durchzusetzen, nach dem Festland zurücktransportiert zu werden. Zusammenstöße mit der Administration sind unausbleiblich. Man befürchtet die Wiederholung der vorjährigen Dezemberereignisse, bei denen sechs gefangene Sozialisten von der Wache erschossen wurden. Die auf den Solowki-Inseln internierten 300 Sozialisten erbitten die sofortige Intervention der sozialistischen Internationale.

## Depechen.

### Der Eindruck der Abstimmung.

St. Paris, 25. August. Zu der Abstimmung in der Kammer schreibt das „Echo de Paris“, das Kartell der Linken, das jetzt fast zusammengeschworen und Herr der Lage sei, habe die Partie zunächst angenommen. Das sei jedoch kein Grund dafür, daß die Opposition abnehme. Die Stunde der Vergeltung könnte rascher kommen als diejenigen meinen, die die blühende Herde der Radikalen unter sich herziehen. Ihr Wunsch sei, in Frankreich das abscheuliche Regime wieder aufzurichten, das schon von Seiten wie Combes und Gaillaing befürwortet worden sei, das Regime sogenannten wahren Friedens, und zwar mit Hilfe der bürgerlichen Zwietracht, der religiösen Verfolgung, der Sabotage der Armee und des Verzichts auf die großen Interessen und Rechte Frankreichs im Ausland.

Der radikale „Quotidien“ schreibt, die von der Kammer bei Abschluß der Debatte über das Londoner Abkommen angenommene Tagesordnung habe ein großes Verdienst. Sie bedente nicht nur die Zustimmung zu der Politik der Regierung, sondern sie habe vor allem zur Ehre des Ministerpräsidenten auch den entscheidenden Zug hervor, der den glücklichen Ausgang der Verhandlungen bedingt habe: das Schiedsgerichtsvorgehen. Dieses sei auch die Organisation der Gerechtigkeit unter den Völkern, es sei der Friede.

### Die Kontrollen.

St. London, 25. August. Der diplomatische Vertretersatter des „Daily Telegraph“ erzählt, daß die im Zusammenhang mit dem Dawes-Plan zu schaffenden Posten wie folgt verteilt werden würden: Generalagent für die Reparationszahlungen ein Amerikaner, Bankkommissar ein Holländer, Eisenbahnkommissar ein Franzose, Oberkommissar für die kontrollierten Einkünfte ein britischer Staatsangehöriger, Kreuzhändler für die Eisenbahnbonds ein Italiener, Kreuzhändler für die Anleihebonds ein Deutscher.

Wir haben die Hände frei. Sie können die Londoner Ermordungen ablehnen, Sie können den Status quo aufrecht erhalten, Sie können an die Methoden glauben, welche mehrere Jahre hindurch von Enttäuschung zu Enttäuschung geführt haben. All das können Sie tun, aber lassen Sie sich sagen, daß das eine ernste Sache wäre.

Wir haben unsere Entscheidung bereits getroffen. Die Regierung, in deren Namen ich vor Ihnen spreche, macht nicht geltend, daß sie außerordentliche Vorteile erreicht habe, daß sie große Siege errang. Sie behauptet vielmehr, ein ehrenvolles Werk errichtet zu haben, ein Werk der Weisheit und Vernunft. Sie schenkt Ihnen nicht den Frieden, aber sie bringt Ihnen den Gewinn der Hoffnung auf Frieden.

In Frankreich sind die Verhältnisse durch die Abstimmung klar. Herrriot hat durch seine Rede klar herausgearbeitet den Willen der neuen französischen Regierung, auf der Grundlage der Vernunft und der Zweckmäßigkeit einen neuen Geist in Europa sich auswirken zu lassen. Wenn die deutsche Regierung sich auf eine ähnliche klare Mehrheit zu stützen vermöchte, würde diese Gefundung Europas in einem beschleunigten Tempo sich vollziehen können. Wird in dieser Schicksalsstunde Europas so viel Verständnis bei den in Frage kommenden Parteien des Reichstags vorhanden sein, daß die Gelegenheit zur Schaffung einer klaren Situation auch in Deutschland planmäßig ergriffen und benutzt wird? —

## Thüringische Regierung und Hochverrat.

Die thüringische Regierung tritt in der Sakretionsfrage einen halben Rückzug an. Sie läßt amtlich mitteilen, daß die Entfernung der Sakretionsfragen vom Weimarer Nationaltheater an demselben Tage bekanntlich habe, an dem sie darauf aufmerksam gemacht worden sei. Sie habe auch nicht gebuddelt, daß die Sakretions durch andre Abzeichen ersetzt wurden. In Zukunft werde das Nationaltheater zu politischen Veranstaltungen nicht mehr zur Verfügung gestellt werden.

Damit gibt die thüringische Regierung indirekt auch zu, daß ihre Begründungsadresse an die Veranstalter des Sakretionsabends eine Geschmacklosigkeit und eine politische Dummheit war. Man kann die thüringische Regierung im übrigen ihrer Blamage überlassen. Sie hat im Weimarer Leute willkommen geheißen, die sich wie die Vandalen benahmen, sie hat einem Parteitag die Hand gereicht, gegen dessen Hauptredner Artur Dinter das Verfahren wegen Hochverrats eröffnet werden mußte. Sie hat indirekt diesen Hochverrat erst ermöglicht.

## Ein Schicksalstag Deutschlands.

Vor 3 Jahren, am 26. August 1921, ist im Walde von Griesbach der ehemalige Reichsfinanzminister Erzberger auf einem Spaziergang mit seinem Freunde Diez meuchlings ermordet worden. Diese abscheuliche Tat war ebenso wie die Ermordung Rathenaus eine Folge der maßlosen Gehe der Kreise, die der Deutschnationalen Volkspartei und der Völkischen Partei nahe stehen.

Die Hauptargumente dieser Gehe waren die Behauptungen, daß Erzberger den Sturz der deutschen Monarchie herbeigeführt habe und durch die Unterzeichnung des Waffenstillstands-Abkommens Deutschland verraten und auf Gnade und Ungnade an Frankreich ausgeliefert habe.

Ueber die erste Behauptung lohnt es sich nicht, auch nur ein Wort zu verlieren. Das Waffenstillstands-Abkommen aber hat Erzberger erst unterzeichnet, nachdem er ausdrücklich durch Hindenburg und die Reichsregierung dazu ermächtigt worden war. Für die Mordgehe gibt es also keinerlei sachliche Argumente. Sie wurde in Wahrheit nur darum entfacht, weil Erzberger mit seiner Steuerpolitik unerschrocken den Besitz zum Zahlen heranzuziehen versuchte, um das drohende Unheil der Inflation abzuwenden, das jeder Einsichtige kommen sah und das zu vermeiden gewesen wäre, wenn die Ermordung Erzbergers und nachher Rathenaus nicht den letzten Rest des Vertrauens im Ausland zerstört hätten.

Jetzt nach 3 Jahren ist es zum zweitenmal gelungen, seine Mörder, die mit Unterstützung von Helfern aus den politischen Rechtskreisen entliehen konnten, ausfindig zu machen. Ob die Schulz und Tillessen ausgeliefert und der Bestrafung in Deutschland zugeführt werden können, ist allerdings eine Frage, die erst nach Abschluß der Verhandlungen, die der Auslieferung wegen geführt werden, beantwortet werden kann.

## Moderne Landstrolche.

Während der Tagung des nationalsozialistischen Parteitags in Weimar hat die Polizei an die 50 Verhaftungen von Hitler-Banden vorgenommen. Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, haben die Verhafteten durchweg angegeben, daß sie einen Beruf nicht ausüben, sie seien arbeitslos. Es ist ferner festgestellt worden, daß dieses arbeitscheue Gesindel als Stoßtrupp bei allen Deutschen Tagen, die von der Nationalsozialistischen Partei abgehalten werden, benutzt werden. Selbstverständlich müssen diese modernen Landstrolche von ihrer Partei ausgehalten werden. Bewaffnet waren die Banditen mit Revolvern, Dolchen und Gummiknüppeln. Als die Rudendorff-Garde in Weimar das Volkshaus stürmte, hatten diese Räuber das Dolchmesser zwischen den Zähnen und den Revolver und den Gummiknüppel in der Hand. Wir fragen, wer bringt das Geld zur Unterhaltung dieses Lumpengesindels auf?

Da auch in Weimar die Polizei ursprünglich versagt hat und friedliche Einwohner gegenüber diesem Gesindel nicht genügend geschützt hat, so bleibt der republikanischen Bevölkerung in Zukunft weiter nichts übrig, als sich gegenüber diesen Räuberbanden selbst zu schützen.

Republikaner, schützt euch und die Republik gegenüber diesen bezahlten Landstrolchen durch engen und festen Zusammenschluß in dem republikanischen Reichsbanner. **St. Paris, 25. August.**

# Kammer-Lichtspiele

Bis einschließlich Donnerstag  
Wieder ein Riesendoppelprogramm!

Ein Monumentalwerk unter Mitwirkung der größten amerikanischen Darsteller. Ein Film, der überall Beifallsstürme entfesselte.

## Ihr schlechter Ruf

Amerikanischer Sittengroßfilm.

Zu allen Zeiten war die öffentliche Meinung die größte Macht. Wen sie verdammt, der war rethungslos der Verachtung preisgegeben. Dies war auch bei unserer Hauptdarstellerin der Fall. War es berechtigt oder nicht? Das soll das Publikum selbst entscheiden.

## Skandal

Die große amerikanische Sensations-Affäre!  
Die neuste Deuligwoche!

Beginn:  
Werktag 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Konsumverein f. Magdeburg u. Umg.  
Breitweg 56, I

Dienstag  
Räumungs-**26.** Verkauf  
August

Zu unsern sämtlichen Angeboten:  
10 Gebüh 80 Pf.

1 Rollen Bettwäsche	1.85
1 Rollen Pinon, 130 cm	1.95
1 Rollen Bettwäsche 80 cm 1.60 130 cm 2.40	
1 Rollen Bettbezüge, kariert, 80 cm	1.05
1 Rollen Bettbezüge, kariert, 130 cm	1.65
1 Rollen Handtücher	0.75
1 Rollen Schürzenbündel	0.99
1 Rollen Anterrockbündel	1.00
1 Rollen Schürzenzeuge	1.45
1 Rollen Schürzenjäten	0.60
1 Rollen Blaudruck	0.85 = 0.93
1 Rollen Verkauf	1.05
1 Rollen Handtaschen	0.73
1 Rollen Wäsche-Einjahremden	2.10

# Konzerthaus

Leipziger Straße 62.

Heute Dienstag

## Letztes Abonnements-Konzert

ausgeführt vom Magdeburger Konzert-Orchester  
Leitung: Obermusikdirektor a. D. Vogel.

Anfang 4 Uhr. 40 Musiker. Ende 11 Uhr.

In den Ringerstuben  
das beliebte Liebes-Stimmungsk-Ork.  
Rein Weinzwang. 1420

# Walhalla

Lichtspiele.

Täglich 1411  
vor ausverkauftem Hause

## Eddie Polo

als Hauptdarsteller des gewaltigen  
Sensationsjäglers

## Die geheimnisvollen Vier

nie zuvor gesehene Sensation  
12 12  
Akte Akte

Außerdem:

## Henry Porten

in dem entzückenden Lustspiel

## Die Fahrt ins Blaue

Lachsalben über Lachsalben.

Spielzeit: Werktag 6 Uhr.

# Panorama

Bis einschließlich Donnerstag

Der Film atomrakentier  
Spannung!

## Der Signalist der Westbound Limited

Erlebnisse eines  
amerikanischen Eisenbahnners  
7 Akte.

## Fatty Arbuckle

Fatty als Hundefreund

Fatty als Entführer

Fattys neueste Grotesken

Beginn: Werktag 5 Uhr  
Sonntags 3 Uhr.

Stellungsangebote  
haben den besten Erfolg  
in der  
Volksstimme

## Unerhörter Beifall

Händeklatschen

Begeisterung

In allen Vorstellungen  
in unseres Programms



bester u. neuester Film

## Jackie

der kleine tapfere Held

Außerdem:

Lya de Putti

im ergreifenden Drama

Gräfin Jona!



## Stadt Loburg

heute Dienstag sowie jeden Dienstag abends 7 Uhr  
Großes Volkskonzert

ausgeführt von den gesamten Mitgliedern des  
Philharmonischen Orchesters (40 Musiker)  
Leitung: Musikdirektor Karl S. K. mit Eintritt frei.  
Mein Garten ist vollständig gartenfachlich neu angelegt  
und um das Doppelte vergrößert. Schattiger, fast tropischer,  
herrlicher Aufenthalt. 1421

Libelle  
Nur noch wenige Tage:  
Das große lustige Schlager-Programm!  
Beginn 8 Uhr  
Täglich:  
Der beliebte 4-Uhr-Tee  
Eintritt frei!

Seltene Gelegenheit!  
Amerik. Weinstadt, Kleinverkauf 50%  
bei Abgabe von 10 Stk a 20 Pf. Bei 50 Stk  
Sigaretten 2 Pf., 3, 4, 5 Pf. Goldbänder fest  
für die Hälfte Abgabe von 100 Stück an.  
Größere Posten Rabatt. W. Simon, Kleine  
Zanderstr. 12/13, Ecke Junferplatz. 1214

Ein Waggon extra billige  
Ballons (z. Weinbereitung)  
in bester Ausführung eingetroffen.  
W. Verhe Nachf. Carl Bod  
Breitweg 258 | Tel.: No. 1001 Str. 34 | Tel. 1430

# Großer, erstaunlich billiger Verkauf in erstklassigen Zigarren, eigne Fabrikate!

Sie bringen ca. 300 Kiste garantiert rein Heberjee-Qualitäts-Zigarren, zum größten Teil versehen mit Sumatra- und Sumatrasandbender, zum Verkauf. Trotz der hohen Steuer sind wir in der Lage, unser Angebot unter Friedenspreisen zu halten. Unsere Preise sind für die gesamte Reichweite ein Ereignis. Günstige Gelegenheit vor der Steuererhöhung!

Nr. 3 heutiger Wert 10 Pf.,	jetzt Verkaufspreis 5 Pf.
Nr. 4 heutiger Wert 12 Pf.,	jetzt Verkaufspreis 6 Pf.
Nr. 5 heutiger Wert 15 Pf.,	jetzt Verkaufspreis 7 Pf.
Nr. 6 heutiger Wert 18 Pf.,	jetzt Verkaufspreis 8 Pf.
Nr. 7 heutiger Wert 20 Pf.,	jetzt Verkaufspreis 9 Pf.
Nr. 8 heutiger Wert 25 Pf.,	jetzt Verkaufspreis 12 Pf.
Nr. 9 heutiger Wert 35 Pf.,	jetzt Verkaufspreis 15 Pf.
Nr. 10 heutiger Wert 40 Pf.,	jetzt Verkaufspreis 16 Pf.

Günstige, nie wiederkehrende Gelegenheit zur Entdeckung Ihres Bedarfs.

Kroß & Co., Zigarrenfabriken Wiesloch (Baden)

Verkaufs-Niederlage: Magdeburg, Gr. Marktstr. 8.



Das prachtvollste Schneeweiß

zeigt jede Wäsche, die mit Sil behandelt ist.

SIL Henkel's beliebtes Bleich- und Waschmittel  
als Zusatz zur Seifenlauge gibt auch, ersetzt die umständliche Wasenbleiche.  
— OHNE CHLOR —

## Carolin + Lachen links

Das große republikanische Wagnis!

Heute neu Nr. 33.

## Preussische Klassen-Lotterie

Staatl. Lotterie-Einnahmer Paul Otto Gerike,  
Magdeburg, Otto v. Guerickestr. 48, T. 400-PS-N. 472  
(24.) 250. Jubiläums-Lotterie, 110.000 Gewinne  
Ziehung 1. Klasse 19. u. 11. Okt. 1924  
Los- in 1/8 1/4 1/2 1/4 Stückchen für 5 Klassen  
preise Em. 3 6 12 24 1. Klasse 15, 50, 60, 120

# Kammerlichtspiele

Bis einschließlich Donnerstag  
Wieder ein Aftendoppelprogramm!

Ein Monumentalwerk unter Mitwirkung der größten amerikanischen Darsteller. Ein Film, der überall Beifallsstürme entfesselte.

## Ihr schlechter Ruf

Amerikanischer Sittengroßfilm.

Zu allen Zeiten war die öffentliche Meinung die größte Macht. Wen sie verdammt, der war rettungslos der Verachtung preisgegeben. Dies war auch bei unserer Hauptdarstellerin der Fall. War es berechtigt oder nicht? Das soll das Publikum selbst entscheiden.

## Skandal

Die große amerikanische Sensations-Affäre!  
Die neuste Deuligwoche!

Beginn:  
Werktags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.

Konsumverein i. Magdeburg u. Umg.  
Breiteweg 56, 1

Räumungs-**26.** Verkauf

Dienstag  
26.  
August

Zu unsern künstlichen Zappeln  
10 Gebind 80 Pf.  
10 Gebind 80 Pf.

1 Kasten Bettuchleinen	1.85
1 Kasten Linn, 130 cm	1.95
1 Kasten Bettdecken 50 cm 1.60 130 cm 2.40	
1 Kasten Bettbezüge, kariert, 50 cm	1.85
1 Kasten Bettbezüge, kariert, 130 cm	1.65
1 Kasten Hemdenbarchent	0.75
1 Kasten Schloßerbarchent	0.99
1 Kasten Anterroschbarchent	1.00
1 Kasten Schürzenzeuge	1.45
1 Kasten Schürzenjatin	0.90
1 Kasten Handdrück	0.85 u. 0.98
1 Kasten Perkal	1.05
1 Kasten Handtücher	0.73
1 Kasten Make-Ginjahemden	2.10

# Konzerthaus

Leipziger Straße 62.

Heute Dienstag

## Letztes Abonnements-Konzert

ausgeführt vom Magdeburger Konzert-Orchester  
Leitung: Obermusikmeister a. D. Vogel.  
Anfang 4 Uhr. 40 Musiker. Ende 11 Uhr.

In den Winterstuben  
daß beliebte Liebeck-Stimmungs-Orto.  
Kein Weinzwang. 1420

# Walhalla

Lichtspiele.

Täglich 1411  
vor ausverkauftem Hause

## Eddie Polo

als Hauptdarsteller des gewaltigen  
Sensationsjahrgangs

## Die geheimnisvollen Vier

nie zuvor gezeigte Sensation  
12 12  
Akte Akte

## Henry Porten

in dem entzückenden Lustspiel  
Die Fahrt ins Blaue

Lachsalben über Lachsalben.

Spielzeit: Werktags 6 Uhr.

# Panorama

Bis einschließlich Donnerstag  
Der Film atombombender  
Spannung!

## Der Signalist der

Westbound Limited

Erlebnisse eines  
amerikanischen Eisenbahners  
7 Akte.

## Fatty Arbuckle

Fatty als Hundefreund  
Fatty als Entführer  
Fattys heiste Grotesken

Beginn: Werktags 5 Uhr  
Sonntags 3 Uhr.

Stellenangebote  
haben den besten Erfolg  
in der  
Volksstimme

# Unerhörter Beifall Händeklatschen Begeisterung

In allen Vorstellungen  
in unseres Programms



bester u. neuester Film

## Jackie der kleine tapferer Held

Angedert:  
Lya de Putti  
im ergreifenden Drama  
Gräfin Jona!



# Stadt Loburg Großes Volkstanzert

ausgeführt von den gefassten Mitgliedern des  
Philharmonischen Orchesters (40 Musiker)  
Leitung: Musikmeister Karl Sate. per Eintritt frei.  
Rein Garten in vollständig gartenförmlich neu angelegt  
und um das Doppelte vergrößert. Schattiger, fast stünd-  
licher, herrlicher Aufenthalt. 1216

Libelle  
Nur noch wenige Tage:  
Das große lustige  
Schauspiel-  
Programm!  
Beginn 8 Uhr

Seltene Gelegenheit!  
Amerik. Seufztabak, Kleinverkauf 50,  
bei Abnahme von 10 Stück à 20g. Beste  
Zigaretten 2/3, 3, 4, 5g. Goldbanderole legt  
für die Hälfte Abgabe von 100 Stück an.  
Größere Mengen Rabatt. W. Simon, Kleine  
Gartenstr. 12/13, Ecke Junterplatz. 1216

Ein Wagon extra billige 1857  
Ballons (z. Weinbereitung)  
in bester Ausführung eingetroffen.  
W. Seifke Nachf. Carl Seifke  
Breitweg 253 / Hl. De. Markt Str. 24 / Tel. 1499

# Großer, erstaunlich billiger Verkauf in erstklassigen Zigarren, eigne Fabrikate!

Sie bringen ca. 200 Kille garantiert rein Hecker-Qualität-Zigarren, zum größten Teil versehen mit Sumatra- und Sumatrasaubeder, zum Verkauf. Trotz der hohen Steuer sind wir in der Lage, unser Angebot unter Friedenspreisen zu halten. Unsere Preise sind für die gesamte Raucherwelt ein Ereignis. Günstige Gelegenheit vor der Steuererhöhung!

Nr. 3 heutiger Wert 10 Pf.,	heute Verkaufspreis 5 Pf.
Nr. 4 heutiger Wert 12 Pf.,	heute Verkaufspreis 6 Pf.
Nr. 5 heutiger Wert 15 Pf.,	heute Verkaufspreis 7 Pf.
Nr. 6 heutiger Wert 18 Pf.,	heute Verkaufspreis 8 Pf.
Nr. 7 heutiger Wert 20 Pf.,	heute Verkaufspreis 9 Pf.
Nr. 8 heutiger Wert 25 Pf.,	heute Verkaufspreis 12 Pf.
Nr. 9 heutiger Wert 35 Pf.,	heute Verkaufspreis 15 Pf.
Nr. 10 heutiger Wert 40 Pf.,	heute Verkaufspreis 16 Pf.

Günstige, nie wiederkehrende Gelegenheit zur Eindeckung Ihres Bedarfs.

Stroh & Co., Zigarrenfabriken Biesloch (Baden)  
Verkaufs-Niederlage: Magdeburg, Gr. Marktstr. 8.



Das prachtvollste Schneeweiß  
zeigt jede Wäsche, die mit SIL behandelt ist.  
SIL Henkel's bestes Bleich- und Waschmittel  
als Zusatz zur Seifenlauge gebraucht, ersetzt die umständliche Kasebleiche.  
— GIBT KEIN BLAU —

# Carillin ± Lachen links

Das große republikanische Witzblatt!  
Heute neu Nr. 33.

# Preussische Klassen-Lotterie

Staatl. Lotterie-Einnehmer: Paul Otto Gerike,  
Magdeburg, Otto-Guerichstr. 48, T. 400-PS-K. 472  
(24.) 250. Jubiläums-Lotterie, 110.000 Gewinne  
Ziehung 1. Klasse 19. u. 21. Okt. 1924  
Los in 1/2, 1/4, 1/8, 1/16, 1/32, 1/64, 1/128, 1/256, 1/512, 1/1024  
preise Rm. 3 6 12 24 1 Klasse 15, 30, 60, 120